

Die Neue Gesell schaft 1

1978
25. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts Druck, Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen

Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM

zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.

Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 8

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer (verantwortlich)
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 91, 37 80 92

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Herbert Wehner: Meilenstein zur Friedenssicherung Die Polenreise des Bundeskanzlers

Die von Helmut Schmidt und Edward Gierek am 25. November 1977 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung bringt – wie es in einem Kommuniké zum Ausdruck gebracht worden ist – „den entschiedenen Willen zum Ausdruck, konsequent und beharrlich auf dem Weg fortzuschreiten, der durch den Vertrag vom 7. Dezember 1970 und die seitdem getroffenen Vereinbarungen bestimmt worden ist“.

Helmut Schmidts Reise, die ihn vom 21. bis 25. November nach Warschau, Kattowitz und in weitere Orte Oberschlesiens, nach Krakau, Danzig und anderen Orte an der Ostseeküste geführt hat, war die erste Reise, die ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nach der Ratifikation des Warschauer Vertrags im Jahre 1972 in die Volksrepublik Polen unternommen hat.

„Vertrag als Brücke“

Im Dezember 1970 hatte Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages in Warschau erklärt: „Ich weiß, daß wir nicht durch den heutigen Akt die Gräben zuschütten können, die so brutal aufgerissen worden sind. Und ich weiß auch, daß Verständigung und gar Aussöhnung nicht von den Staatsmännern verfügt werden kann, sondern in den Herzen der Menschen selbst auf beiden Seiten heranreifen muß. Ich hoffe, daß der Vertrag sich als die Brücke tragfähig erweist, die unsere Staaten verbindet und über die unsere Völker zueinander gelangen können, damit sie sich begegnen, sich verstehen lernen und damit sie in der Mitte Europas ein Beispiel geben für den Abbau der Gegensätze zwischen Ost und West.“

Sowohl die Gemeinsame Erklärung vom 25. November 1977 als auch die Aufnahme Helmut Schmidts in der polnischen Öffentlichkeit wie die Intensität der während des Polenaufenthalts geführten Gespräche kennzeichnen die Fortschritte, die seit der Unterzeichnung des Vertrags 1970 gemacht worden sind. Kritische Phasen gelang es zu überwinden. Helmut Schmidt und Edward Gierek haben durch ihre eigenen entscheidenden Gespräche im Zusammenhang mit der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 wie bei Giereks Besuch 1976 in Hamburg und Bonn den Hauptanteil daran; Gespräche und Initiativen der Parlaments-

fraktionen der Bonner Koalition und des Warschauer Sejm haben diese Pionierarbeit zur Verständigung unterstützt.

Helmut Schmidt hat an der „Todeswand“ im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz wie durch seine ergreifende Rede am Internationalen Denkmal im ehemaligen Vernichtungslager Birkenau die Herzen vieler Menschen in Polen ebenso angerührt wie auf der „Westerplatte“ bei Danzig, wo 1939 mit den Schüssen der damaligen deutschen Marine der zweite Weltkrieg begonnen hatte.

In der nüchternen Sprache der Gemeinsamen Erklärung vom 25. November werden die sachlichen Ergebnisse und Notwendigkeiten der vertraglichen Zusammenarbeit beider Länder deutlich dargestellt. Es ist bemerkenswert, in welcher Eindringlichkeit beide Seiten dieses Zusammenwirken in seiner Bedeutung sowohl „zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens“ als auch „zur Stärkung der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa“ betonen. Zwei Partner sind sich ihrer Verantwortung bewußt.

Konkrete Möglichkeiten

Die Delegationen beider Seiten haben in zwei Plenaransprachen sachgerechte Erörterungen über die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen geführt. Für die Ressortminister der Regierungen wie für die parlamentarischen Fraktionen beider Seiten ergeben sich daraus ganz konkrete Möglichkeiten für die nächste Zeit. Der Vorsitzende des Abgeordnetenklubs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Babiuch, – zugleich stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats – konnte konstatieren, welche Anregungen beim Besuch der von ihm geleiteten Delegation im Mai 1976 in Bonn inzwischen zu entsprechenden Folgerungen geführt haben.

Es traf sich gut, daß wenige Tage nach Helmut Schmidts Polenreise die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten in Bonn eine mehrtägige Konferenz zum Thema „Die Schulbuchempfehlungen im Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen“ veranstaltet haben, in der Fachkenner beider Seiten

über die einschlägigen Probleme und Fragen gesprochen haben.

Zu wünschen ist, daß Helmut Schmidts Vortrag zum Thema „Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ vor einer sehr großen Zuhörerschaft im Rahmen des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten bald interessierten Lesern bei uns zugänglich wird: Dieser Vortrag wird als eine Leistung, deren Bedeutung über den Tag hinaus zu würdigen ist, die internationale Diskussion beleben und befruchten.

Den Vorsätzen von 1970 treu

Die Vorträge und Ansprachen, die während des Polenbesuchs des Bundeskanzlers ausgetauscht wurden, und die intensiven Diskussionen während dieser Tage und Nächte erlauben die Feststellung, daß die den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen einleitende Präambel die Gedanken und die Handlungen der Verantwortlichen in beiden Staaten lenken. Sie lautet:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen

IN DER ERWÄGUNG, daß mehr als 25 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat,

INGEDEDENK DESSEN, daß in beiden Ländern inzwischen eine neue Generation heran-gewachsen ist, der eine friedliche Zukunft gesichert werden soll,

IN DEM WUNSCH, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Entwicklung normaler und guter Beziehungen zwischen ihnen zu schaffen,

IN DEM BESTREBEN, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,

SIND wie folgt übereingekommen: (Es folgen die fünf Artikel des Warschauer Vertrages.)

Wer sich mit dem Text der Gemeinsamen Erklärung vom 25. November 1977 vertraut macht, wird darauf vertrauen können, daß beide Partner den Vorsätzen von 1970 treu geblieben sind. Komplikationen, die aus weltwirtschaftlichen Entwicklungen, aus internationalen Konstellationen wie aus innenpolitischen Konflikten abzuleiten waren, haben die historische Bedeutung dieses Vertrages nicht verringert. Wahrhaftig: die Begegnungen und Gespräche vom 21. bis 25. November in Polen dürfen als Meilenstein zur Friedenssicherung verstanden und bezeichnet werden.

Jost Küpper

Die SPD und der Orientierungsrahmen '85

(Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie) 163 S.
Brosch. 8,- DM

Der Orientierungsrahmen '85 wird heute häufiger zitiert als das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD. Er wird von allen Flügeln und Gruppierungen der Partei als Grundlage sozialdemokratischer Politik betrachtet, wurde er doch auch auf dem Parteitag von Mannheim 1975 mit nur einer einzigen Gegenstimme angenommen. Zum Verständnis dieser Situation trägt die Vorgeschichte dieses Programms bei, die der Verfasser hier darstellt. Erstmals wurde auf dem Saarbrücker Parteitag von 1970 die Forderung nach einem quantifizierten Langzeitprogramm erhoben, das eine Kommission unter Leitung von Helmut Schmidt in den folgenden drei Jahren entwarf und dann dem Parteitag in Hannover vorlegte. Schon dieser Entwurf leistete mit der Formulierung grundsätzlicher Zielvorstellungen mehr, als der Auftrag gefordert hatte. Der weitere Ausbau dieses Entwurfs zum umfassenden Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik vollzog sich dann in einer lebhaften Diskussion sowohl in einer Kommission beim Parteivorstand wie auch auf breiter Basis in allen Gliederungen der Partei bis zum Mannheimer Parteitag. Der Autor verfolgt detailliert die Beratungen, stellt Beratungsgrundlagen, Problemeinschätzungen und die unterschiedlichen Interessen und Positionen der beteiligten Gruppen dar. So liefert er nicht nur für SPD-Mitglieder wichtige Hintergrundinformationen zum Stand sozialdemokratischer Programmdiskussionen, sondern leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Problem programmatischer Auseinandersetzungen in einer modernen Massenpartei. – Jost Küpper ist Politologe in München.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Kölnener Straße 143
D-5300 Bonn-Bad Godesberg 1

Theorie und
Praxis der
deutschen
Sozialdemokratie

